Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3841 (neu)

Große Anfrage

der Abgeordneten Frau Benedix-Engler, Pfeifer, Dr. Hupka, Sauer (Salzgitter), Rühe, Daweke, Prangenberg, Dr. Hornhues, Frau Krone-Appuhn, Dr. Müller, Dr.-Ing. Oldenstädt, Voigt (Sonthofen), Berger (Lahnstein), Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski, Dr. Kunz (Weiden), Kunz (Berlin), Frau Pieser, Röhner, Niegel und der Fraktion der CDU/CSU

Beitrag der Bundesregierung zur Stärkung des Bewußtseins von der Einheit der Deutschen Nation in Unterricht und Bildung

Im Juni 1978 hat der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages eine öffentliche Anhörung zum Deutschlandbild in Unterricht und Bildung durchgeführt. Die geladenen Fachreferenten stellten übereinstimmend fest, daß viele Deutsche, insbesondere aus der jüngeren Generation, die Nation aus dem Blickfeld verlieren oder sie schlechthin abschreiben. Die deutsche Frage sei oft im Bewußtsein nicht mehr existent. Es wurde sogar die Befürchtung geäußert, daß sich die Frage nach der nationalen Identität in der nächsten Generation für viele in der Bundesrepublik Deutschland von selbst erledigen könnte.

Das Paul-Löbe-Institut sagt in Bemerkungen zur deutschlandpolitischen Bildung: „Alle offiziellen deutschlandpolitischen Konzeptionen kennen – in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz – als zentralen Wertbezug die Erhaltung der Einheit Deutschlands. Dieser Wert ist für den großen Bevölkerungsanteil der jungen Generation gegenwärtig nicht real erfahrbar. Hierfür muß deutschlandpolitische Bildung deshalb auf andere Weise ein wertschätzendes Interesse vermitteln."

Im November 1978 verabschiedete die Kultusministerkonferenz einen einstimmigen Beschluß zur Deutschen Frage im Unterricht. Dieser Beschluß wurde seitdem in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich realisiert.

Offensichtlich gibt es in der SPD trotz dieses einstimmigen Beschlusses der Kultusministerkonferenz erhebliche Vorbehalte.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

So erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Professor Dr. Horst Ehmke, am 20. August 1979 in einem Artikel in der „Welt":

„Der Ende 1978 verabschiedete Beschluß der Kultusminister und -senatoren der Länder über die Behandlung der Deutschen Frage im Schulunterricht zeigt, daß auf dem Boden des Urteils des Bundesverfassungsgerichts eine verantwortungsvolle pädagogische Arbeit zur nationalen Frage nicht geleistet werden kann."

Das Bundesverfassungsgericht hat als Auftrag des Grundgesetzes folgendes festgelegt:

„Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt zunächst:

Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken; das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde."

Dieser Auftrag ist von ganz besonderer bildungspolitischer Bedeutung.

Der Vorsitzende des Innerdeutschen Ausschusses schrieb im Vorwort zur gebundenen Ausgabe des Hearing-Protokolls (Deutschlandbild, Deutsche Frage, Deutsche Geschichte in Unterricht und Bildung vom 7. Juni 1978):

„Die Grundfragen der politischen Bildung lassen sich durch Richtlinien, Lehrpläne, Lehrerbildung, Fortbildung und durch Lehrmittel nicht allein lösen. Ihre Bewältigung läßt sich nicht dekretieren.

Das in der politischen Bildung vermittelte Deutschlandbild kann nur solide sein, wenn es dem allgemeinen Bewußtsein der Bürger entspricht.

Das Thema geht daher nicht nur die Lehrenden, sondern alle an, die Mitverantwortung für die Zukunft unseres Volkes spüren."

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Bewußtsein von der Einheit der Deutschen Nation nicht allein durch unterrichtliche Bemühungen in Schule und Erwachsenenbildung aufrechterhalten werden kann, sondern in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion der gesamten Bevölkerung ein oberster Wert bleiben muß?

2. Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung das Verfassungsgebot zur Wahrung und Wiedervereinigung Deutschlands

bei der Jugend und breiten Schichten der Bevölkerung zu verdeutlichen und das Bewußtsein von der Einheit der Deutschen Nation zu stärken?

3. Findet die Bundesregierung ihre Auffassung im Hinblick auf die Deutsche Frage in dem Beschluß der Kultusministerkonferenz zur Deutschen Frage im Unterricht bestätigt?

4. Wie ist die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit dem Appell des Berliner Senators für Schulwesen, Walter Rasch, nachgekommen, die Lehrer und die Schulen bei der Behandlung der Deutschen Frage im Unterricht nicht allein zu lassen?

5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Mehrheit der Länder, die im Hinblick auf die kartographischen Grenzen sowie die Bezeichnung Deutschlands in den Grenzen von 1937 und auch seiner westlich der Oder-Neiße-Linie gelegenen Teile u. a. lautet:

— Die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist als Grenze besonderer Art zu kennzeichnen.

— Das gesamte Gebiet von Berlin ist von der Deutschen Demokratischen Republik in geeigneter Weise deutlich abzuheben.

— Es werden nur solche Atlanten und Schulbücher zugelassen, die eine deutliche Darstellung der Grenzen Deutschlands von 1937 auf allen Karten, die politische Grenzen aufweisen, enthalten.

— Für Deutschland in den Grenzen von 1937 gilt die Bezeichnung „Deutsches Reich".

— Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik sind die amtlichen Bezeichnungen, die für die beiden Teile Deutschlands zu verwenden sind. Für das Gebiet dieser beiden Teile Deutschlands insgesamt kann auch die Bezeichnung Deutschland verwendet werden.

— Die auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegenden umbenannten Städte sind mit ihren heutigen Namen unter Zusatz ihrer früheren Namen zu bezeichnen.
Beispiel: Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

— Die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik liegenden Städte sind entsprechend den internationalen Gepflogenheiten zu bezeichnen. Das bedeutet, daß sie in Karten für den Gebrauch an deutschen Schulen mit den deutschen Namen und, soweit die Übersichtlichkeit nicht leidet, unter Zusatz ihrer fremdsprachigen Namen bezeichnet werden.
Beispiel: Königsberg (Kaliningrad)"?

6. Welche Richtlinien zur Darstellung der deutschen Grenzen und zur Schreibung der geographischen Namen gelten für die einzelnen Bundesbehörden und weshalb hat die Bundesregierung es seit Jahren versäumt, hierzu eindeutige gemeinsame kartographische Richtlinien zu erstellen?

7. Sieht die Bundesregierung den neu eingeführten Begriff „Neuvereinigung" anstelle von „Wiedervereinigung" als Beitrag zur Wiederbelebung des Bewußtseins von der nationalen Einheit?

8. Welche Anhaltspunkte hat die Bundesregierung dafür, daß der weitaus größte Teil der Menschen in der DDR am Gedanken der nationalen und staatlichen Einheit der Deutschen festhält?

9. Wie beurteilt die Bundesregierung die auch in der Debatte des Deutschen Bundestages verwandte Bezeichnung „die Bevölkerung der beiden deutschen Staaten" anstelle der Bezeichnung „Deutsches Volk"?

10. Sieht die Bundesregierung in dem veränderten Sprachgebrauch die Gefahr der Preisgabe des Willens zur nationalen und staatlichen Einheit?

11. Wie steht die Bundesregierung zu den Thesen, die anläßlich einer didaktischen Fachtagung zum Thema „Verfassung und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" der Bundeszentrale für Politische Bildung im Mai 1979 in Bonn entwickelt wurden und in denen es unter anderem heißt, daß „aus der stärkeren Akzentuierung der nationalen Identität .... sich für die Bundesrepublik innen- und außenpolitische Legitimationsprobleme ergeben (können)"?

Bonn, den 20. März 1980

Frau Benedix-Engler
Pfeifer
Dr. Hupka
Sauer (Salzgitter)
Rühe
Daweke
Prangenberg
Dr. Hornhues
Frau Krone-Appuhn
Dr. Müller
Dr.-Ing. Oldenstädt
Voigt (Sonthofen)
Berger (Lahnstein)
Frau Dr. Wilms
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Kunz (Weiden)
Kunz (Berlin)
Frau Pieser
Röhner
Niegel
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion